

Übersicht

über die gefassten Beschlüsse in der 8. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus des Rhein-Sieg-Kreises am 04.07.2017:

TO.-Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./Ergebnis	Abstimmungsergebnis
	Öffentlicher Teil		
	Allgemeine und Geschäftsordnungsangelegenheiten	Anerkannt	---
1.	Niederschrift über die 7. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus am 23.03.2017	Kenntnisnahme	---
2.	Breitbandausbau im Rhein-Sieg-Kreis	Kenntnisnahme	---
2.1.	Aktueller Sachstand Breitbandförderprojekt im Rhein-Sieg-Kreis	Kenntnisnahme	---
2.2.	Anfrage der Kreistagsfraktion CDU und GRÜNE vom 30.03.2017: Breitband in Randlagen	Kenntnisnahme	---
3.	Antrag der Kreistagsfraktionen CDU/GRÜNE vom 17.03.2017: Sachstand Gewerbeflächenkonzept des Rhein-Sieg-Kreises	Kenntnisnahme	---
4.	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 02.03.2017: Maßnahmen für bezahlbares Wohnen im Rhein-Sieg-Kreis	Kenntnisnahme	---
5.	Neuorganisation Naturpark Siebengebirge, hier: Übernahme der Trägerschaft durch den Rhein-Sieg-Kreis	AWT/22/14 Zustimmung	Einstimmig
6.	Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und GRÜNE vom 21.02.2017: Touristische Vermarktung von Rhein und Siebengebirge	Kenntnisnahme	---
7.	Burgruine Windeck	AWT/23/14 Zustimmung	Einstimmig
7.1.	Förderung des Einzelhandels durch Online-Handel, Online-Marketing und „Online-Marktplatz“	Kenntnisnahme	---
8.	Mitteilungen und Anfragen		
8.1.	Aktueller Sachstand Regionale 2025	Kenntnisnahme	---
8.2.	Studie Creditreform	Kenntnisnahme	---
8.3.	Sachstand Projekte im Rhein-Sieg-Kreis	Kenntnisnahme	---

	Nichtöffentlicher Teil		
9.	Mitteilungen und Anfragen	---	---

Niederschrift

über die gefassten Beschlüsse in der 8. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus des Rhein-Sieg-Kreises am 04.07.2017:

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 18:45 Uhr
Ort der Sitzung: B 1.12
Datum der Einladung: 26.06.2017
Einladungsnachtrag vom: 29.06.2017

Anwesende Mitglieder:

Kreistagsabgeordnete CDU

Frau Renate Becker-Steinhauer
 Herr Björn Franken ab 17:00 Uhr
 Frau Hildegard Helmes Vertretung für Abg. Baron
 Herr Martin Schenkelberg

Kreistagsabgeordnete SPD

Frau Gisela Becker stellv. Ausschussvorsitzende
 Herr Paul Lägel
 Frau Joline Piel bis 17:00 Uhr
 Frau Ursula Studthoff
 Herr Achim Tüttenberg bis 17:45 Uhr

Kreistagsabgeordnete GRÜNE

Herr Burkhard Hoffmeister
 Herr Wilhelm Windhuis

Sachkundige/r Bürger/innen CDU

Herr Uwe Fröhling
 Herr Andreas Grünhage Vertretung für Abg. Döhl
 Herr Dano Himmelrath
 Herr Peter Siegmund
 Frau Helga Trimborn Vertretung für SkB Nettekoven

Sachkundige/r Bürger/innen GRÜNE

Herr Dr. Richard Ralfs

Sachkundige/r Bürger/innen FDP

Herr Jürgen Gansauer

Sachkundige/r Bürger/innen FUW/Piraten

Herr Harald Felix Chillingworth

8. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus am 04.07.2017		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Sachkundige/r Bürger/innen AfD

Herr Arvid Ellenberger

Sachkundige/r Bürger/innen DIE LINKE

Herr Jakob Esser Vertretung für SkB Straub

Schriftführer/in

Frau Siri Grischke

Entschuldigt fehlten:

Kreistagsabgeordnete CDU

Herr Oliver Baron

Herr Klaus Döhl

Sachkundige/r Bürger/innen CDU

Herr Norbert Nettekoven

Sachkundige/r Bürger/innen DIE LINKE

Herr Dr. Wolfgang Straub

VertreterInnen der Verwaltung:

Herr Dr. Hermann Tengler

Herr Hans-Peter Hohn

Frau Brigitte Kohlhaas

Kreiswirtschaftsförderer

Referat Wirtschaftsförderung und Strategische Kreisentwicklung

Referat Wirtschaftsförderung und Strategische Kreisentwicklung

Gäste:

Vertreter der Presse

8. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus am 04.07.2017		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Öffentlicher Teil

	Allgemeine und Geschäftsordnungsangelegenheiten	
--	---	--

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende Abg. Becker eröffnete die 8. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus und begrüßte die Ausschussmitglieder.

Sie stellte die ordnungsgemäße und fristgerechte Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest

Sie verwies auf die Einladung vom 26.06.2017 und den Einladungsnachtrag vom 29.06.2017. Sie stellte fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben sei.

Abg. Schenkelberg bat darum, unter 8.1 zu Mitteilungen und Anfragen den Tagesordnungspunkt Sachstand Regionale 2025 aufzunehmen.

Die Ausschussvorsitzende stellte fest, dass über die Tagesordnung und die Aufnahme von TOP 8.1 Einvernehmen bestand.

1	Niederschrift über die 7. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus am 23.03.2017	
---	--	--

Die Ausschussvorsitzende stellte fest, dass Einwendungen nicht erhoben worden seien. Die Niederschrift gelte somit als anerkannt.

2	Breitbandausbau im Rhein-Sieg-Kreis	
---	-------------------------------------	--

2.1	Aktueller Sachstand Breitbandförderprojekt im Rhein-Sieg-Kreis	
-----	--	--

KAR Grischke stellte den aktuellen Sachstand im Breitbandausbauprojekt des Rhein-Sieg-Kreises vor. Ziel des Projektes sei es, eine flächendeckende und zuverlässige Breitbandversorgung von mindestens 50 Mbit/s (Download) im Projektgebiet für alle Haushalte und Gewerbetreibende herzustellen. Die Umsetzung erfolge unter den Rahmenbedingungen des Bundes- und Landesförderprogramms. Es soll bis Ende 2018 umgesetzt sein.

Das Projektgebiet sei aufgrund einer Markterkundung und Gesprächen mit den Kommunen entstanden. Es wurden alle Gebiete in den Förderantrag aufgenommen, die mit weniger als 30 Mbit/s versorgt sind oder in den nächsten drei Jahren versorgt werden können.

Zum Vergabeverfahren führte sie aus, dass dieses als Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teilnehmerwettbewerb in zwei Stufen durchgeführt werde. Das Ausschreibungsverfahren zum Breitbandausbau befinde sich zurzeit nach dem Teilnehmerwettbewerb in der Angebotsphase.

Nach Angebotseingang erfolgte eine formale Prüfung der Angebote auf Vollständigkeit der geforderten Angaben und Leistungen sowie auf allgemeine Plausibilität. Feh-

8. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus am 04.07.2017		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

lende Angaben seien nachgefordert worden. Die Nachforderungsfrist wurde auf Biten der Bieter auf den 19.04.2017 verlängert.

Die Vergabestelle habe danach eine Angebotsaufklärung vorgenommen. Bieter, deren Angebot die formalen Voraussetzungen erfüllen, seien dann zu einem Bietergespräch beim Auftraggeber eingeladen worden, in dem das Angebot vorgestellt und näher erläutert worden sei. Diese Erstgespräche fanden am 08.05., 12.05. und 17.05.2017 statt.

Nach den Gesprächen seien offene Fragen geklärt worden, und die Angebote konnten bis zum 14.06.2017 nachgebessert werden.

Am 22.06.2017 hätten die zweiten Bietergespräche stattgefunden. Hier sei im so genannten Preferred-Bidder-Verfahren mit den Anbietern gesprochen worden, die die besten Angebote für die Lose abgegeben hätten.

Zurzeit erhielten alle noch am Verfahren beteiligten Bieter eine Frist, ihr Angebot letztmalig zu überarbeiten und nachzubessern. Nach Abschluss dieser Angebotsaufklärung nimmt der Auftraggeber eine Wertung der Angebote anhand der in der Ausschreibungsunterlage aufgeführten Bewertungskriterien vor.

Gleichzeitig würden der Betreiber- und Kooperationsvertrag mit den Bietern verhandelt.

Weiter führte sie aus, dass nach der Angebotsphase alle Unterlagen beim Bundesfördergeber und dem Landesfördergeber eingereicht werden müssten, um einen endgültigen Förderbescheid zu erhalten.

Abg. Läge bat darum, der Niederschrift eine Karte des Projektgebietes beizufügen.

Anmerkung der Verwaltung

Das Projektgebiet ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Abg. Schenkelberg erkundigte sich nach der technischen Umsetzung des Ausbaus, ob mit diesem Ausbau auch die angestrebten Internetgeschwindigkeiten umgesetzt werden könnten und welche Bandbreiten beim Bürger tatsächlich ankämen. Weiter fragte er nach, ob auch Schulen besondere Berücksichtigung fänden.

KAR Grischke erläuterte, dass der Ausbau technologieneutral mit 100 % mindestens 30 Mbit/s und 95 % mindestens 50 Mbit/s (Download) ausgeschrieben worden sei.

Dies bedeute, dass mindestens 95 % der Haushalte, die im Projektgebiet liegen, nach dem Ausbau **mindestens** 50 Mbit/s erhalten. Die restlichen würden mindestens 30 Mbit/s erhalten. Die Angebote der Unternehmen lägen sogar bei 98 % der Anschlüsse mit mindestens 50 Mbit/s.

Die würde durch die Unternehmen größtenteils mit einem Glasfaserausbau bis zum Kabelverzweiger (FTTC) umgesetzt. In Randlagen, in denen dieser Ausbau zur Versorgung nicht reiche, würden neue Kabelverzweiger gebaut oder einzelne Häuser direkt mit Glasfaser angebunden (FTTB).

Schulen würden in dem Projektgebiet nicht gesondert angeschlossen. Hier gelte, wie für alle anderen Gebiete, die Eingreifschwelle bei Versorgung kleiner als 30 Mbit/s. Die meisten Schulen lägen aber in Gebieten, die bereits mindestens 30 Mbit/s hätten.

Die kreiseigenen Schulen (Berufskollegs und Förderschulen) würden über das Pro-

8. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus am 04.07.2017		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

gramm Gute Schule 2020 über das Schulamt mit einem eigenen Glasfasernetz ausgebaut.

2.2	Anfrage der Kreistagsfraktion CDU und GRÜNE vom 30.03.2017: Breitband in Randlagen	
-----	--	--

Abg. Schenkelberg erkundigte sich nach Bezeichnungen von Ortsteilen in der Vorlage der Verwaltung und dem mutigen Fernziel eines Glasfaserausbaus bis in jedes Haus.

Dr. Tengler erläuterte, dass es noch auf längere Sicht viele Gebiete im Kreis gebe, die mit gerade 30 Mbit/s versorgt seien. Diese lägen zurzeit über der Aufgreifschwelle für einen geförderten Ausbau und hätten daher nicht in den Förderantrag aufgenommen werden dürfen. Um die fortschreitende Digitalisierung umzusetzen, seien letztendlich Glasfaserkabel bis ins Gebäude notwendig. Welche Förderprogramme der Bund und das Land dafür in Zukunft bereitstellen und welche die Rahmenbedingungen durch die EU vorgegeben würden, bleibe abzuwarten. Das Thema Breitband werde den Kreis daher noch lange beschäftigen.

3	Antrag der Kreistagsfraktionen CDU/GRÜNE vom 17.03.2017: Sachstand Gewerbeflächenkonzept des Rhein-Sieg-Kreises	
---	---	--

Abg. Schenkelberg wies darauf hin, dass es wichtig sei, das Gewerbeflächenkonzept im AWT weiterhin zu beraten, und erfragte den aktuellen Sachstand gerade im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit den Kommunen.

Dr. Tengler erläuterte, dass das Gewerbeflächenkonzept fertiggestellt sei. Den Kommunen liege das Konzept vor. Dies werde dort in den nächsten Wochen beraten. Mit dem Ergebnis werde sich der Kreis dann wieder befassen. Jeder Fraktion gehe in den nächsten Tagen eine CD mit dem Gesamtergebnis für den Kreis zu.

Abg. Schenkelberg und Abg. Windhuis baten darum, weiterhin Beratungen und Beschlüsse im AWT zum Gewerbeflächenkonzept zu fassen.

Zusätzlich regte Abg. Hoffmeister an, dass der Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus, der Planungs- und Verkehrsausschuss und der Umweltausschuss zu diesem Thema gemeinsam tagen sollen.

4	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 02.03.2017: Maßnahmen für bezahlbares Wohnen im Rhein-Sieg-Kreis	
---	---	--

Abg. Lägele kritisierte, dass in die Sitzung kein Vertreter des Mieterbundes eingeladen wurde.

Dr. Tengler, Abg. Hoffmeister und Abg. Schenkelberg stellten klar, dass der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion in der 7. AWT- Sitzung am 28.03.2017 in diese Sitzung mit Mehrheitsbeschluss gegen SPD und AfD bei einer Enthaltung vertagt wurde. Es solle nun beraten werden, wie mit dem Antrag umzugehen sei.

8. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus am 04.07.2017		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Abg. Schenkelberg schlug vor, in die nächste Sitzung nicht nur den Mieterbund, sondern auch den Geschäftsführer von Haus und Grund einzuladen.

Die Ausschussvorsitzende stellte fest, dass einvernehmen bestand in die nächste Sitzung des AWT einen Vertreter des Mieterbundes und einen Vertreter von Haus und Grund zum Antrag „Maßnahmen für bezahlbares Wohnen“ im Rhein-Sieg-Kreis einzuladen.

5	Neuorganisation Naturpark Siebengebirge, hier: Übernahme der Trägerschaft durch den Rhein-Sieg-Kreis	
---	--	--

Die Ausschussvorsitzende wies darauf hin, dass in der gestrigen Sitzung des Kreisausschusses der Beschlussvorschlag, vorbehaltlich der folgenden Diskussion und Abstimmung im Fachausschuss, einstimmig angenommen wurde.

Abg. Läger fragte nach, ob es stimme, dass ein kleiner Teil der Mitglieder des VVS gegen die Abgabe der Trägerschaft gestimmt habe, da etwa nur 13 % der Haushaltsmittel für Projektarbeit verbleibe und der Rest in die Verwaltungsausgaben fließe. Weiter habe er gelesen, dass der VVS noch 78.000,- € Kosten für die Sicherung des Siegfriedfelsens aufbringen müsse, die von niemandem getragen würden. Er erkundigte sich, ob er Rhein-Sieg-Kreis diese Kosten übernehme.

Frau Kohlhaas erläuterte, dass es sich um zwei verschiedene Sachverhalte handele. Zum einen um den Naturpark, zum anderen um die Restfinanzierung des Zaunbaus am Siegfriedfelsens mit einem Fehlbetrag von rund 78.000,- €.

Sie bestätigte, dass von insgesamt 167.000,- € in etwa 130.000,- € für Personal- und Verwaltungskosten aufgewendet würden. Dies liege daran, dass professionelles Personal benötigt werde, um die Naturparkarbeit effizient zu strukturieren und die Fördergeldakquise für den Naturpark zu betreiben. Dies habe in der Vergangenheit gefehlt. Es sei geplant, zwei Mitarbeiter einzustellen. Projekte sollen hauptsächlich über Förderprogramme finanziert werden. Die restlichen Finanzmittel sollen den notwendigen Eigenanteil bei Projekten sichern, der in der Regel zwischen 10 % bis 30 % liege.

Der VVS habe bei der Felssicherung des Siegfriedfelsens einen Kooperationsvertrag geschlossen. In diesem sei geregelt, dass der Zaunbau und dessen Kosten vom Land NRW, dem Rhein-Sieg-Kreis und den Kommunen Königswinter und Bad Honnef getragen werden. Der VVS trage die Maßnahme am Felsen und die naturschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahmen für den Zaunbau. Dies habe in etwa 140.000,- € gekostet. Der Zaunbau selber habe circa 1,1 Mio. € gekostet. Veranschlagt seien 1,5 Mio. € gewesen. Bestimmte Kosten wären aber nicht übernommen worden, wie z. B. die Projektsteuerungskosten, dies seien 47.000,- €. In der Kooperationsvereinbarung stehe, dass man davon ausginge, dass die NRW-Stiftung bis zu 200.000,- € übernehme. Tatsächlich würden jetzt 110.000,- € übernommen. Damit würde auch hier ein Betrag übrigbleiben, der nicht kofinanziert werde. Hierfür müsse eine Lösung gefunden werden. In der Vereinbarung sei zwar ein Passus enthalten, der regle, wie Kosten, die über den veranschlagten 1,5 Mio. € lägen, zu tragen und aufzuteilen sind. Es wurden jedoch keine Regelung für die Finanzierung der sog. nichtförderfähigen Kosten getroffen und für die Möglichkeit, dass die NRW-Stiftung nicht den veranschlagten Anteil übernimmt.

8. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus am 04.07.2017		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Abg. Studthoff stellte einige Fragen zu den Entwürfen der Kooperationsvereinbarungen. Sie erkundigte sich nach den Transferaufwendungen in Höhe von 73.100,- €, der Sonderzahlung von 83.700,- für das Jahr 2017 und den Kosten für einen Büroraum. Weiter erkundigte sie sich nach der Stimmverteilung in der Naturparkversammlung und nach dem zusätzlichen Beitrag von 5.000,- € bzw. 10.000,- € aus § 5 der Vereinbarung.

Anmerkung der Verwaltung

Nach den für den Rhein-Sieg-Kreis maßgeblichen Berechnungen der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) werden als Sachkosten für u. a. Miete und Material derzeit 5.400,- € je Arbeitsplatz pro Jahr angenommen.

Frau Kohlhaas erläuterte, dass der Rhein-Sieg-Kreis als Träger des Naturparks die Gesamtsumme von 167.400,- € aufbringen müsse. Hiervon würden aber Anteile von den Kommunen und der Stadt Bonn erstattet, so dass 71.300,- € übrig blieben, welche jährlich haushaltsrelevant seien. Bei den genannten 83.700,- € handele es sich um die Hälfte der Gesamtsumme für das Jahr 2017. Auf den Rhein-Sieg-Kreis entfalle somit für 2017 ein Betrag von 30.650,- €. Der Rhein-Sieg-Kreis stelle kostenfrei einen Raum zur Verfügung, aber nur so lange, bis ein endgültiger Standort für die Naturparkgeschäftsstelle gefunden sei.

Der Rhein-Sieg-Kreis müsse aufgrund der Stimmanteile von 7 Stimmen jährlich 61.300,- € zahlen. Weitere 10.000,- € würden jährlich auf die Dauer von fünf Jahren zusätzlich gezahlt, so dass der Gesamtbetrag von 71.300,- € jährlich entstehe. Der Rhein-Sieg-Kreis habe zwar 7 Stimmen, werde aber durch zwei Personen in der Naturparkversammlung vertreten, welche stimmgleich abstimmen müssten.

Abg. Hoffmeister ergänzte, dass es 18 Stimmen insgesamt gebe. Das Vetorecht liege bei einem Drittel der Stimmen. So könne gegen den Rhein-Sieg-Kreis keine Entscheidung getroffen werden.

Unerlässlich seien die Naturparkmitarbeiter, um Projekte entwickeln und umsetzen zu können.

Weiter lobte er die Zaunsicherungsmaßnahme und deren Umsetzung und dass der Rhein-Sieg-Kreis alle seine Kosten hierzu bereits getragen habe.

Abg. Schenkelberg teilte mit, dass die CDU-Kreistagsfraktion dem Antrag gerne zustimmen werde und bat um Ergänzung des aktuellen Namens des zuständigen Ministeriums beim Land NRW in der Vereinbarung. Der genannte Beschluss aus April solle in den Vereinbarungen durch den Beschluss vom 06.07.2017 ersetzt werden. Er erkundigte sich nach der aufschiebenden Bedingung aus der Präambel und ob die Zeit bis zum 01.09.2017 ausreiche. Er ergänzte, dass jeder der Beteiligten zwei Vertreter in der Versammlung habe, wovon einer, mit zuvor dargestellten Stimmenanteilen, stimmberechtigt sei.

Frau Kohlhaas sicherte die Änderungen zu und erklärte, dass man mit der Frist wohl keine Probleme bekäme, da es sich bei Übertragung der Trägerschaft nur um einen Verwaltungsakt des Ministeriums handele, der so auch schon vorbesprochen sei.

Abg. Läge bemerkte, dass er den Eindruck gehabt habe, dass bei der Übernahme der Trägerschaft der Naturpark Rheinland eine tragende Rolle spielen solle. Nun sei nur noch von einer befristeten Amtshilfe die Rede.

8. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus am 04.07.2017		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Frau Kohlhaas bestätigte dies. Im Vorfeld habe es Verwirrungen gegeben, ob der Naturpark Rheinland und der Naturpark Siebengebirge in Zukunft fusionieren sollen. Dies war nie vorgesehen. Um diese Bedenken zu zerstreuen, sei die vorliegende Formulierung gewählt worden.

Sodann wies die Ausschussvorsitzende darauf hin, dass der Rhein-Sieg-Kreis seinen Anteil am Zaunbau getragen habe, aber helfen solle, dass der VVS die übrig gebliebenen Kosten erstattet bekomme, und ließ über den Beschlussvorschlag bezüglich der Übernahme der Trägerschaft des Naturparks Siebengebirge abstimmen.

B.-Nr.

Der Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschluss:

Unter der Voraussetzung, dass das Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen die Trägerschaft des Naturparks Siebengebirge im Laufe des Jahres 2017 auf den Rhein-Sieg-Kreis übertragen wird, erklärt sich der Rhein-Sieg-Kreis bereit, die Trägerschaft des Naturparks Siebengebirge zu übernehmen. Zur Umsetzung sollen die als Anlagen 1+2 beigefügten Kooperationsvereinbarungen unterzeichnet werden.

Abst.- Erg.:

Einstimmig.

6	Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und GRÜNE vom 21.02.2017: Touristische Vermarktung von Rhein und Siebengebirge	
---	---	--

Frau Kohlhaas beantwortete die Anfrage der Kreistagsfraktionen CDU und GRÜNE anhand einer Präsentation.

Abg. Hoffmeister stellte die Bedeutung des Siebengebirges heraus und bekräftigte, dass er die Zukunftsstrategien aus dem Vortrag mit seiner Fraktion besprechen wolle. Zurzeit solle man mit einer projektorientierten Arbeit beginnen. Er wies darauf hin, dass ein Drittel des gesamten touristischen Volumens im Rhein-Sieg-Kreis auf das Siebengebirge mit Königswinter und Bad Honnef entfalle.

Abg. Schenkelberg erkundigte sich nach den derzeitigen Überlegungen der Städte Königswinter und Bad Honnef.

Frau Kohlhaas wies darauf hin, dass sich die Städte Königswinter und Bad Honnef zum Naturpark bekannt haben und jetzt auch mit finanzieller Beteiligung Mitglied werden. Auch in der touristischen Zusammenarbeit wolle man sich wieder annähern.

SkB Ralfs bedankte sich für den Vortrag und wies darauf hin, dass der Vortrag deutlich gemacht habe, wie viel schon geschehen sei und jetzt die Politik diskutieren solle, welche weiteren Ziele angestrebt und umgesetzt werden sollen. Hierfür sehe er gerade den Kreis als verbindendes Element in der Pflicht.

Die Ausschussvorsitzende bedankte sich ebenfalls für den ausführlichen Vortrag und

8. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus am 04.07.2017		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

bat darum, die Präsentation der Niederschrift beizufügen.

Anmerkung der Verwaltung

Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt.

7	Burgruine Windeck	
---	-------------------	--

Die Ausschussvorsitzende wies auf den leicht geänderten Beschlussvorschlag aus dem Finanzausschuss hin.

SkB Fröhling sprach im Namen der Windecker Bürger, die die Burgruine Windeck als Wahrzeichen der Gemeinde sehen und hoffen, dass sich die momentane Vermarktung der Burg verbessere. Er selber sehe hier eine Chance bei der Regionale 2025. Er wolle diese in den Projektspeicher hierfür geben. Weniger Chancen sehe er bei der Gemeinde Windeck selber, da sich die Kommune im Stärkungspakt befände.

Abg. Lägél bekräftigte, dass die Gemeinde Windeck durch die finanzielle Situation wohl nicht in der Lage sei, ein neues Konzept für die Burg umzusetzen.

SkB Esser führte aus, dass auch er aus Windeck sei und eine weitere Vermarktung ebenfalls nicht bei der Gemeinde sehe. Hilfe von außen sei hier sehr wichtig, um ein tragfähiges Konzept umzusetzen.

Die Ausschussvorsitzende verdeutlichte, dass die Prioritätenrangfolge gerade dies ausdrücke. Man könne nicht über einen Verkauf diskutieren, wenn die Gemeinde Windeck nicht zuerst nach einer Lösung gefragt werde.

SkB Ellenberger stellte als gutes Beispiel die Burg Wachtenburg an der Deutschen Weinstraße vor. Ein Förderverein würde sich um die Burg kümmern; er habe hierfür 1,7 Mio. € gesammelt und diese zu einem Schmuckstück hergerichtet.

SkB Ralfs wies darauf hin, dass die Anfrage zur Übertragung an die Gemeinde Windeck keine reine Höflichkeit sei, sondern ernsthaft geprüft werden solle. Auch eine Aufnahme in die Regionale 2025 sei nicht ohne Probleme, da hier Infrastrukturmaßnahmen gefördert würden.

Die Ausschussvorsitzende ließ über den Beschlussvorschlag abstimmen.

B.-Nr.

Die Verwaltung wird beauftragt, in Bezug auf die Burgruine Windeck die Optionen nach folgenden Prioritäten

- 1. Übertragung an die Gemeinde Windeck oder einen anderen öffentlichen Träger
- 2. Projektentwicklung im Rahmen der Regionale 2025
- 3. Vermarktung und Verkauf

zu verfolgen. Dabei ist Voraussetzung, dass die denkmalrechtlichen, baurechtlichen und landschaftsrechtlichen Bedingungen erfüllt werden und eine dauerhafte öffentliche Nutzung gewährleistet ist.

8. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus am 04.07.2017		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Dem Kultur- und Sportausschuss und dem Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus ist fortlaufend zu berichten.

Abst.- Einstimmig.
Erg.:

7.1	Förderung des Einzelhandels durch Online-Handel, Online-Marketing und „Online-Marktplatz“	
-----	---	--

Abg. Schenkelberg stelle den Antrag Online-Handel vor, der als Nachtrag zur Einladung versandt worden war. Im Rhein-Sieg-Kreis gebe es schon einige Ansätze, aber noch seien keine vollständigen Online-Marktplätze installiert.

Abg. Hoffmeister betonte, dass keine fertigen Konzepte vorgegeben werden sollen, sondern der Kreis Impulse geben, Prozesse koordinieren und fördern könne. Zur Information sollten die im Antrag angegebenen Konzepte vorgestellt werden, die verschiedene Ansätze verfolgen würden.

Abg. Lägél begrüßte die Initiative und erinnerte daran, auch einen Vertreter zur Vorstellung eines regionalen Qualitätslabels in eine der nächsten Sitzungen einzuladen.

Dr. Tengler wies auf die Unterschiedlichkeit der 19 kreiseigenen Kommunen hin. Ein Konzept könne nicht auf alle Kommunen übertragen werden. Als ein Beispiel nannte er die erfolgreiche Beteiligung der Stadt Bad Honnef an der Landesinitiative „Digitaler und Stationärer Einzelhandel zusammen denken“.

Er informierte weiter über die bevorstehende Pensionierung von Herrn Hans-Peter Hohn und, dass im Rahmen der Neuorganisation der Wirtschaftsförderung zweieinhalb Stellen eingespart worden seien.

Bis zur Nachbesetzung der Stelle von Herrn Hohn könne der Antrag daher nicht umfassend bearbeitet werden.

Er führte aus, dass das Qualitätslabel als eine Idee bei VITAL.NRW eingebracht sei.

SkB Ralfs sehe den Kreis nur als Impulsgeber für Online-Handel-Aktivitäten. Es sollten vor allem Informationen an die zuständigen Mitarbeiter der Kommunen weitergegeben werden.

Die Ausschussvorsitzende räumte die Bedenken der Verwaltung ein und bat darum, z. B. Frau Högner aus Bad Honnef in eine der nächsten Sitzungen einzuladen; auch in Lohmar und Siegburg seien entsprechende Initiativen im Gange.

Im Anschluss stellte sie fest, dass der Antrag einstimmig angenommen wurde.

8	Mitteilungen und Anfragen	
---	---------------------------	--

8.1	Aktueller Sachstand Regionale 2025	
-----	------------------------------------	--

Dr. Tengler berichtete über den aktuellen Sachstand der Regionale 2025 und verwies auf seine Ausführungen aus der letzten AWT-Sitzung. Im gestrigen Kreisausschuss sei einstimmig beschlossen worden, dass für den Aufbau der Arbeits- und Organisationsstrukturen der REGIONALE 2025 „Das Bergische Rheinland“ sowie zur Finanzierung des Eigenanteils werden vom Rhein-Sieg-Kreis im Haushaltsjahr 2017

8. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus am 04.07.2017		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

50.000 € und im Haushaltsjahr 2018 120.000 € zur Verfügung gestellt werden.

Die Kämmerin wurde gebeten, die Mittel im Ergebnishaushalt 2017 und 2018 außerplanmäßig im Amtsbudget 0.90 „Wirtschaftsförderung“ bereitzustellen. Im Rahmen der Haushaltsplanungen für die Jahre 2019 bis 2026 seien ebenfalls 120.000 €/Jahr zu berücksichtigen.

Um operativ mit der Arbeit beginnen zu können, solle zum 01.01.2018 eine REGIONALE-Agentur gegründet werden. Hierfür würden die veranschlagten Finanzmittel eingesetzt. Ursprünglich sollte eine 70%ige Förderung durch das Land erfolgen. Man hoffe, diese auch unter der neuen Landesregierung zu erhalten.

Die Aufgabe der REGIONALE-Agentur habe bei der REGIONALE 2010 der Region Köln/Bonn e. V. übernommen, da die Gebiete der Regionale 2010 und des Vereins seien deckungsgleich gewesen seien. Dies sei bei der REGIONALE 2025 nicht der Fall. Daher werde nun Personal benötigt, um die Aufgaben umzusetzen. Über den Fortschritt werde weiter regelmäßig in den Ausschüssen beraten werden.

SkB Gansauer fragte, nach dem Personal, welches beim Rhein-Sieg-Kreis die REGIONALE 2025 eingesetzt werde.

Dr. Tengler ergänzte, dass ihm hierfür zurzeit ein Mitarbeiter zur Verfügung stehe.

8.2	Studie Creditreform	
-----	---------------------	--

Dr. Tengler informierte über die Ergebnisse einer Studie der Creditreform, welche gerade in der Lokalpresse besprochen worden sei. Hier wurden Bonn und der Rhein-Sieg-Kreis als Schlusslicht bei den Existenzgründungen und beim Wachstum im bundesweiten dargestellt.

Bonn und der Rhein-Sieg-Kreis würden in der Studie gemeinsam erfasst und nicht differenziert dargestellt. Nur im Textteil der Studie sei für den Zeitraum 2010-2014 dargestellt, dass das Wachstum in Bonn bei 4,4 % und im Rhein-Sieg-Kreis höher als 16 % gelegen habe. Damit läge das Wachstum im Rhein-Sieg-Kreis weit überdurchschnittlich.

Generell gelte, dass das Gründungsgeschehen eng mit dem Arbeitsmarkt korrelieren würde. Da es angesichts der niedrigen Arbeitslosigkeit von 5 % im Rhein-Sieg-Kreis nur wenige Gründungen aus der Arbeitslosigkeit gebe, sei das quantitative Gründungsgeschehen vergleichsweise niedrig.

Die Qualität der Gründungen sei dafür umso besser und damit auch die Überlebensrate der Gründungen. Dies würden Zahlen von IT.NRW belegen.

Für Gründer im Rhein-Sieg-Kreis stünden unter anderem der BusinessCampus in Sankt Augustin und Rheinbach, das Gründer- und Technologiezentrum in Rheinbach und die Gründungsakademie mit 70 Fortbildungen im Jahr zur Verfügung.

SkB Ralfs wies auf die Aufteilung nach Branchenclustern hin. Die Stärke in der Gesundheitswirtschaft würde hier bestätigt. Das IT-Cluster sei aber noch nicht so stark wie angenommen.

Dr. Tengler nahm dies zum Anlass, um über den Digital Hub zu berichten. Gestern habe die erste Hauptversammlung stattgefunden. Der Rhein-Sieg-Kreis unterstütze hier mit 10.000,-€. Im Digital Hub werde Unterstützung angeboten für Gründer in der IT-Szene, aber auch für die zu bewältigende Digitalisierung bei bestehenden Unter-

8. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus am 04.07.2017		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

nehmen. Im Anschluss an die Veranstaltung habe es einen Summer Slam gegeben, bei dem es 1500 Anmeldungen und in etwa 1000 Besucher zum Thema Digitalisierung gegeben habe.

Abg. Studthoff wies auf die ABC-Region hin. Sie erkundigte sich, ob der Kreis mit Bonn zu diesen Region gehören werde.

Dr. Tengler betonte, dass der Kreis hier schon weiter sei als Bonn und nannte das Erfolgsmodell mit der Hochschule Bonn/Rhein-Sieg und dem BusinessCampus als Beispiel. Über die verschiedenen Veranstaltungsmodelle werde sich die Szene nun besser vernetzen, kleine Unternehmen kämen mit großen zusammen, um hier Synergien zu generieren. Das Thema Digitalisierung werde die Unternehmen und auch den Ausschuss in Zukunft häufiger beschäftigen, da hierdurch komplette Produktionsabläufe geändert würden und dies erhebliche Auswirkungen auf Produktivität sowie Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen habe.

8.3	Sachstand Projekte im Rhein-Sieg-Kreis	
-----	--	--

Frau Kohlhaas berichtete über den letzten EFRE-Call 2014-2020. Hier habe Rheinbach den Zuschlag für das Römerkanalzentrum erhalten. Seit 13.06.2017 liege der Zuwendungsbescheid vor. Der Rhein-Sieg-Kreis unterstütze das Projekt einmalig mit 60.000,- €.

Das zweite Projekt sei die ebenfalls linksrheinisch vorgesehene Apfelroute. Auch hier liege der Zuwendungsbescheid seit dem 13.06.2017 vor. Dieses Projekt würde mit je 12.000,- € in den Jahren 2017, 2018 und 2019 unterstützt.

Durch die finanzielle Beteiligung des Kreises konnte der Eigenanteil in den Projekten sichergestellt werden. In beiden Projekten habe die Antragstellung mehr als 18 Monate gedauert, welches verdeutliche, welchen Aufwand solch ein Antrag bedeute.

Am 23.05.2017 haben die Wirtschaftsförderungen mit den Hochschulen der Region die Veranstaltung Next Stop Job durchgeführt. Diese habe 2015 erstmalig stattgefunden.

Studenten sei hier die Möglichkeit gegeben worden, elf Unternehmen der Region zu besuchen. Mit Shuttlebussen seien neun feste Touren angeboten worden. Im Vorfeld hätten freiwillige Vorbereitungsseminare stattgefunden, die die Studenten für einen ersten Auftritt bei den potentiellen Arbeitgebern vorbereitet hätten.

200 Studenten hätten an den Besuchen teilgenommen. Aufgrund der positiven Rückmeldungen solle die Veranstaltung 2019 wiederholt werden.

Ende des öffentlichen Teils

8. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus am 04.07.2017		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Nichtöffentlicher Teil

9	Mitteilungen und Anfragen	
---	---------------------------	--

Es lagen keine Wortmeldungen vor.



Gisela Becker
Vorsitzende



Siri Grischke
Schriftführerin